

Wovor die Gegenseite Angst hat

Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

Die deutsche Presse ist voll von Berichten und Vermutungen darüber, was die neue Regierung in Athen nun vorhat. Ich für meinen Teil bin zunächst positiv überrascht erstens von der zügigen Bildung der Regierung und zweitens ihren ersten Beschlüssen: Wiedereinstellung von Angestellten in Ministerien und Stopp einiger von der »Troika« befohlener Privatisierungsvorhaben. Aber mindestens genauso interessant ist die Reaktion der Kontrahenten, also jener Truppe, die die Verheerungen in Griechenland seit 2010 zu verantworten hat und die – knapp gesagt – die Interessen des internationalen Finanzkapitals vertritt. Was haben Merkel, Schäuble und Gabriel, Dijsselbloem und Juncker (Euro-Gruppe und EU-Kommission), Mario Draghi und Jens Weidmann (Europäische Zentralbank, EZB) sowie Christine Lagarde und Barack Obama (USA und ihr Internationaler Währungsfonds, IWF) jetzt vor?

Gemeinsamer Tenor bis jetzt: Griechenland müsse sich an die ausgehandelten Verträge halten. Das ist einerseits eine Platitude, andererseits nicht möglich. In den Verträgen steht auch, dass der Schuldenstand des griechischen Staates durch die Zwangsmaßnahmen der Troika auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hätte gedrückt sein müssen. In Wirklichkeit liegt er bei knapp 180 Prozent. Und das trotz niedriger Zinsen und trotz eines mittlerweile erreichten Primärüberschusses (die Ausgaben für Zinsen und Tilgung der Altschulden nicht mitgerechnet). Auch wenn der bisherige Regierungschef in Griechenland, Merkels und Junckers Parteifreund Antonis Samaras, die Wahl in Griechenland gewonnen hätte, wären die Herren und Damen nicht um eine Umstrukturierung der Schulden des griechischen Staates herumgekommen.

Denn schon im März und Mai dieses Jahres werden zwei Tranchen von zusammen 3,8

Milliarden Euro fällig und im Juni und August dazu zwei Zahlungen an die EZB von zusammen sieben Milliarden Euro. Beide haben den Status bevorzugter, ja fast heiliger Gläubiger. Sie sind nicht heilig für uns, wohl aber für die Seite des Finanzkapitals. Das aber heißt, die Zahlung von etwas mehr als zehn Milliarden Euro an IWF und EZB musste in der Planung ohnehin berücksichtigt werden. Es gab und gibt auch jetzt noch zwei Möglichkeiten. Entweder IWF und EZB lösen mit neuen Krediten die alten ab oder die Euro-Staaten treten dafür ein, weil IWF und EZB sich zurückziehen wollen. Wir haben es hier auch mit einem Konflikt in der Gläubigertruppe zu tun. Jedenfalls aber scheint sie sich damit abgefunden zu haben, dass es zu einer bedeutenden Umstrukturierung der Schulden kommen muss, die in ihrer Wirkung einem Schuldenschnitt nahe kommt.

Das ist also, ganz nüchtern betrachtet, das Minimum dessen, was die neue griechische Regierung von den Kontrahenten erwarten darf. Es gäbe ihr den Spielraum, die extreme Ausgabenreduzierung etwas zu lockern und damit der griechischen Wirtschaft eine Erholung zu gönnen. Obwohl es über die bisherige Schuldenplanung der Gegenseite nicht oder kaum hinausgeht, wäre das nicht wenig. Denn diese hat die größte Angst, dass das griechische Beispiel Schule macht.

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er lebt in Frankfurt am Main

<http://www.jungewelt.de/2015/01-31/031.php>